

# Dresdner Neueste Nachrichten

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschließlich Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Halbjährlich 10,00 RM. Postbezugspreis monatlich 2,00 RM. einschließlich 1,43 RM. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr) Kreuzbandleistungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresden 15 Rpf.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 10spaltige 6mm-Zeile im Anzeigenblatt 14 Rpf., Stellenangebote und private Familienanzeigen 6 Rpf., die 79 mm breite 6mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachschub nach Maßstab I oder II. Preisgebühr für Ziffern 30 Rpf. ausd. Paris. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 4 gültig.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-N., Ferdinandstraße 4  
Donnerschrift, Dresden-N. 1. Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27951-27953 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktoriapl. 1a; Fernruf: Kurzfür 9361-9366  
Postfach Dresden 2060 Nichterlangte Aufsendungen ohne Rücksicht werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Betrags

Nr. 301

Sonntag, 28. Dezember 1935

43. Jahrgang

## Unerhörte Pariser Falschmeldungen

Weihnachtsansprache des Reichsministers Heß - Weitere Kämpfe an der abessinischen Nordfront

### Ämtliche deutsche Richtigstellung

Kein zweiter Empfang des englischen Botschafters beim Führer  
Bericht unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 27. Dezember

Von ämtlicher Stelle wird heute folgende Mitteilung veröffentlicht:

„In der französischen Presse werden fortwährend Meldungen verbreitet, wonach der Führer und Reichsführer der deutschen Arbeiterbewegung, Herr Adolf Hitler, am 26. Dezember zu einer zweiten Unterredung empfangen habe. Bei dieser zweiten Unterredung, so behauptet beispielsweise das „Ceuvre“ in Paris, sei der englische Botschafter ein zweites Mal empfangen worden. Hierin wird ämtlich festgestellt, daß ein zweiter Empfang des englischen Botschafters nicht stattgefunden hat und somit die an diese Unterredung geknüpften Behauptungen des „Ceuvre“ in sich zusammenfallen. Auch die Darstellung des Inhalts der Unterredung vom 13. Dezember, die Frau Tabouis im „Ceuvre“ gibt, stammt aus dem Reich der Phantasie.“

Es erscheint angebracht, auf diese Angelegenheit noch etwas ausführlicher einzugehen: Vor kurzem ist von verschiedenen ausländischen Zeitungen gemeldet worden, daß der Führer und Reichsführer am Freitag vergangener Woche noch einmal den englischen Botschafter in Berlin empfangen habe, mit dem er, wie es immerhin, am 13. Dezember eine Unterredung gehabt hat. Diese Behauptung wurde von englischer Seite dementiert. Das hat die Augenpolitik in der „Ceuvre“ indes nicht abgehalten, an der Behauptung, daß der Führer den Botschafter Whippo nochmals empfangen habe, festzuhalten und sie den längeren und breiteren über den angeblichen Verlauf, den Inhalt und das politische Ziel der neuerlichen Ansprache anzugehen. Das englische Dementi, das ihre Phantasie nicht, sondern die richtige Dummheit, die sie nicht über die Behauptung hinwegbringen kann, ist an dieser Behauptung kein wahres Wort. Durch das oben wiedergegebene ämtliche Dementi sind nun auch von deutscher Seite die Dinge klargestellt worden.

Der politische Zweck der erfindungsreichen Behauptungen des „Ceuvre“ ist ganz deutlich. Denselben findet in Paris eine für die Regierung Vaval unter Umständen entscheidende Kammerdebatte statt. Der Artikel des „Ceuvre“ soll um die nötige Stimmung für die Auseinandersetzungen in der Kammer schaffen. Die zweite Unterredung des Führers mit dem englischen Botschafter habe, so heißt es in dem Artikel, dem Abschluß eines deutsch-englischen Luftfahrtsabkommens zugestimmt. Damit will man das Gelingen einer Sonderverhandlung zwischen England und dem Führer mit dem Wort der Korrespondenten in der „Ceuvre“ und einflußreicher werdenden „Ceuvre“ an die Wand malen.

Mit dunkler Rede geht es dann, um die Dichtung noch wirksamer zu machen, ungefähr folgendermaßen weiter: Das Hauptinteresse liegt bei den Bedingungen, die Deutschland an den Abschluß des Abkommens knüpft; diese Bedingungen seien zur Stunde noch nicht bekannt. Das Unbekannte wird ja nicht am härtesten gerichtet, zumal wenn es für die französische Öffentlichkeit um Deutschland geht. Schließlich erhebt das „Ceuvre“ wiederum und tadelt den Feindling gegen die Verbände der Regierung. Es geht nicht an, so rief das Blatt aus, daß England sich in Folge der Veränderungen und Schwankungen in der französischen Politik ohne Frankreich mit Deutschland verständigt.

Auf diese Weise wird auch rein in einem politischen Bedürfnis verfaßt, unmittelbaren Unterredungen zwischen zwei Regierungen Ziele und Motive unterzuziehen, die sie nicht verantworten und nicht haben. Vielleicht soll auf die Art die in Frankreich überhaupt nicht sonderlich beliebte Methode der unmittelbaren Äußerung zwischen zwei Staaten und Völkern verdrängt werden. Das geschieht nicht zum erstenmal. Man hat auch in der ausländischen Presse an die Unterredung vom 13. Dezember, die, wie schon die einseitige, die hatgefunden hat, die wörtlichen Kombinationen gefügt. Man hat Verwirrung zu stiften und nicht nur, das auf Kosten der europäischen Öffentlichkeit und der Arbeit am Frieden zu tun. Es genügt im Augenblick, mit allem Nachdruck auf dieses unverantwortliche Treiben hinzuweisen.

### Entscheidender Tag für Laval

Große außenpolitische Kammerdebatte - Derriot gibt den Ausschlag  
Telegramm unserer Korrespondenten

H. Paris, 27. Dezember

Schon am 2. Feiertag hat in Paris der Weihnachtsfrieden angesetzt. Kammer und Senat haben ihre Arbeit aufgenommen, damit vor Jahresfrist die Entscheidung über die Ausnahmemaße für das kommende Jahr und zweitens die Ausnahmemaße gegen die nationalen Verbände unter Dach und Fach kommen. Die Regierung trat gestern zu einem außerordentlichen Ministerrat zusammen, um die letzten tatsächlichen Vorbereitungen für die große außenpolitische Debatte, die am heutigen Freitag in der Kammer stattfinden soll, zu treffen. Nachdem in England Sir Samuel Hoare über den Pariser Friedensplan geäußert hat, will nun auch in Frankreich die „Vollfront“ der Voten den Ministerpräsidenten Vaval zum Ziel bringen. Ob dieser neue Anlauf auf das Abnicken Erfolg haben wird, erscheint aber jetzt, nachdem die erste Entschlossenheit wieder abgeklaut ist, zweifelhaft.

Man rechnet mit einer - wenn auch knappen - Mehrheit für die Regierung.

Die letzte Entscheidung liegt in der Hand Derriot's, der gestern eine einstündige Unterredung mit dem Präsidenten der Republik hatte. Die große außenpolitische Debatte in der Kammer wird mit einer kurzen Rede des Ministerpräsidenten beginnen. Man nimmt an, daß Vaval den Rückweis zu führen verstanden wird, daß er sich bei seinen Verhandlungen mit Hoare immer gegen ein Verschleppen und Weich des Völkervertrages gehalten habe. Zur Debatte haben sich bisher nicht weniger als 17 Redner zum Wort gemeldet, darunter der marxistische Parteiführer Leon Blum, der radikale Fraktionsführer Teilbot, der Abgeordnete Néron, der ehemalige Finanzminister Paul Renaud und schließlich der Führer der „Patriotischen Jugend“, Laingner. Laingner hat übrigens durch ein Interview aus

die Frage der deutsch-französischen Beziehungen in die Debatte gerufen. Er erklärte nämlich: „Die nationalsozialistische Regierung in Deutschland scheint mir die geeignetste zu sein, um zwischen Frankreich

### Das Eisenbahnunglück in Thüringen

Bei der Eisenbahnkatastrophe von Großheringen sind, wie bis jetzt feststeht, 32 Personen ums Leben gekommen. Nach Angabe der Kriminalpolizei in Großheringen werden jedoch noch 2 Personen vermisst. Ausführliche Berichte finden sich auf den Seiten 3 und 11.

und Deutschland eine dauerhafte Verständigung herbeizuführen. Deutschland wird vielleicht fordern, daß es auf diesem oder jenem Gebiet des Erdballs freie Hand erhalte. Wir können aber nicht verlangen, daß dieses 65-Millionen-Volk jedes Mittel zur Expansion herbeibringt. Wo diese Expansion nicht zu unserer Schaden hat, können wir sie mit Wohlwollen betrachten.“ Die heutige Morgenrede ist sich im Durchschnitt darüber einig, daß wenn kein Frieden eintritt, die Regierung eine Mehrheit erhalten wird. Man sieht diese Zuversicht auf die Tatsache, daß Derriot gestern in seiner vertraulichen Ansprache mit dem Präsidenten der Republik erklärt hat, er sei zwar mit Vaval über die Völkerverträge einig, aber er fühle sich doch unabhängig solidarisieren mit ihm.

### Die Frage der Kampfbünde

Die Regierung beugt sich dem Senat

Paris, 27. Dezember

Der Ministerrat unter Vorsitz des Präsidenten Vaval am Donnerstag diente nur 30 Minuten. Er erörterte zunächst einen Bericht über die außenpolitische Lage. Eine Anrede wurde, inwieweit von besonderer Wichtigkeit ist der Bericht des Ministerrats, die Auflösung des Senats über den Gesetzesentwurf zur Auflösung der Kampfbünde und Privatmilizen zu erörtern zu lassen. Damit hat die Regierung ihren eigenen Entwurf in dem politischen entscheidenden Punkt über die für die Auflösung ausländische Ziele aufgegeben. Die Regierung hatte bekanntlich gewünscht, daß die ordentlichen Gerichte die etwaige Auflösung beschließen sollten, während nach dem Wunsch des Senats für die Auflösung bereits ein Beschluß des Präsidenten der Republik nach Anhörung des Ministerrats genügen soll.

Trotzdem hat der Ministerrat beschlossen, in der Kammer die Vertrauensfrage zu stellen, falls die Regierung es für nötig erachtet, d. h. falls in der Kammer Vertrauensanträge eingebracht werden sollten, die über die vom Senat beschlossene Auflösung hinausgehen. Das Gesetz über die Kampfbünde wird jedoch nicht am heutigen Freitag in der Kammer zur

Beratung und Abstimmung gelangen, sondern erst Ende der Woche oder möglicherweise zu Beginn der nächsten Woche.

Weiter wurden noch verschiedene Veränderungen in der Besetzung einiger hoher Verwaltungsstellen beschlossen, darunter die Ernennung des Generalleutnants Paul zum Generalstabschef der Gendarmerie. Dieser Posten war seit Ernennung des feinerzeitigen Generalstabschefs für Gendarmerie, Teilbot, zum Justizminister unbesetzt geblieben.

Der Handelsminister, der einen Bericht über den neuen französisch-spanischen Handelsvertrag erstattete, wurde ermächtigt, einen Gesetzesentwurf über Einheitsverordnungen anzubereiten und vorzulegen.

### Gegen die Freimaurerlogen in Frankreich

Paris, 27. Dezember

Im Zusammenhang mit der am Sonnabend in der Kammer erfolgenden zweiten Lesung über die Bünde ist ein Antrag des rechtsgerichteten Abgeordneten Tommaso bemerkenswert, der die Auflösung der Bünde auch auf die sogenannten geheimen Vereinigungen ausgedehnt werden will und es hier vor allem auf die Freimaurerlogen abgesehen hat. Tommaso erklärte, er beabsichtigt sich nicht mit der Behauptung dieser Logen, sondern stelle sich lediglich auf denselben Standpunkt wie die Urheber der Gesetzesvorläufe über die sogenannten Bünde. Kammer und Senat hätten beschlossen, daß gewisse Vereinigungen aufgelöst werden müßten, da sie gefährliche Entwicklungen darstellten. In demselben Geiste fordere er die gleiche Maßnahme gegen geheime Vereinigungen, wozu die Freimaurerlogen zu zählen seien. Er werde der Kammer eine Reihe Unterlagen vorlegen, deren Wahrheit nicht bestritten werden könne.

### Ernste Lage in China

Standrecht in Shanghai, Nanjing und Hankau - Kommunistische Agitatoren hinter den Studentenunruhen

Shanghai, 27. Dezember

Die Lage in China hat sich über Weihnachten wieder einmal außerordentlich verschärft. Schon die vergangene Woche hatte große Studentenunruhen gebracht, die sich gegen die angeblich zu japanfreundlichen Politik der Zentralregierung in Nanjing und die Kolonialpolitik für die nordchinesischen Provinzen Szechuan und Tschongtschi richteten. Am Donnerstagabend

wurde das Land durch einen neuen politischen Sturm erschüttert.

Der frühere stellvertretende Außenminister und jetzige stellvertretende Verkehrsminister der Zentralregierung, Tang Hsien, wurde in seiner in der französischen Niederlassung von Shanghai gelegenen Wohnung ermordet. Die Täter lauerten dem von einem Wächter beim Betreten des Ministers auf und verletzten ihn bis in sein Haus. Dort gab es im Treppenhause eine acht Schüsse auf ihn ab, von denen drei in den Kopf und zwei in den Rücken trafen. Die Täter konnten unerkannt entkommen. Schon vorher hatten die Studentenunruhen immer größeren Umfang angenommen.

Die Studenten befehlen den Nordbahnhof von Shanghai und verlangten Sonderzüge nach Nanjing, um dort der Regierung ihren Protest gegen die Politik der Japaner in Nordchina und die Kolonialpolitik der chinesischen Behörden persönlich zu überbringen. Jeder Zugverkehr wurde unterbrochen. Am Donnerstag verließ ein Teil der Studenten den Nordbahnhof in zwei Zügen nach Nanjing. Die beiden Züge waren von

Polizeibeamten begleitet. Zwischen Entschloßen und der Station Wuhai wurden die Züge von den Polizeibeamten zum Stehen gebracht. Die Polizeibeamten forderten die Studenten zur Umkehr auf. Die Züge sind zur Stunde noch völlig unklar. Ununterbrochen finden Zusammenstöße zwischen Polizei und Studenten statt. Unterdessen hat die Regierung

über Shanghai, Nanjing und Hankau das Standrecht verhängt.

Die Regierung ist der Ansicht, daß die unerfährlich rein nationale Studentenbewegung von kommunistischen Agitatoren angeführt wird, um Tschang Kai-schek zu Fall zu bringen und eine Einigung mit Japan unter allen Umständen zu verhindern.

### Sturmatastrophe in Spanien

Bisher 18 Todesopfer

Madrid, 27. Dezember. (Durch Funkdruck)

Aus Nord- und Westspanien werden ökonomische Schäden und starke Regenfälle gemeldet. Die Flüsse Guadiana und Tago sind drei Meter gesiegen und überfluteten das Land bei Badajoz und Salamanca. Brückeneinstürze und Unterspülungen von Häusern haben bisher 14 Todesopfer gekostet.

Teilweise wurden auch Friedhöfe von der Flut aufgewühlt, so daß die Leichen im Wasser schwammen.

Der Schnellzug Madrid-Badajoz entgleiste infolge Erdbebens. Mehrere Personen wurden leicht verletzt.

In der Provinz Caceres häuften sich Brände über den Hühner ein, als gerade ein mit vier Personen besetztes Privatauto darüber fuhr. Die Insassen ertranken. Auch in der Gegend von Huelva herrscht heftiger Sturm, der die Völkerverträge nach Ceuta lahmgelegt. (Siehe auch die Meldungen auf Seite 10.)